

## **10 Anträge**

### **10.1 Nutzung des Gehweges als kombinierten Rad- und Fußweg (GR. DI. Topf, ÖVP)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Benutzerfrequenz auf den Radwegen der Stadt nimmt stetig zu, immer mehr Menschen sind für das Fahrradfahren zu begeistern. Um das Radwegenetz noch attraktiver zu gestalten, ist es aus meiner Sicht nicht nur nötig, verstärkt Sicherheitsmaßnahmen zu implementieren, sondern es besteht auch Bedarf, neue Wege zu erschließen.

Die Radverbindung vom Zentrum in den Grazer Norden wird hauptsächlich von der Hauptader, dem Mur-Radweg, getragen. Eine kostengünstig zu verwirklichende Variante, die auch die Sicherheit für Radfahrer erheblich steigern könnte, wäre ein Radweg an der stadtauswärts führenden Seite der Graben- bzw. Weinzöttlstraße von der Kreuzung Hochsteingasse / Grabenstraße Richtung Nordwesten bis zur Kreuzung Weinzöttlstraße / Am Arlandgrund.

Der bereits vorhandene Gehsteig, der kaum von Fußgängern genutzt wird, könnte als kombinierter Geh- und Radweg ausgewiesen werden, wobei sich die baulichen Vorkehrungen auf ein Minimum reduzieren ließen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den

#### **Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Hauses Graz werden ersucht zu prüfen, ob ein kombinierter Geh- und Radweg im oben erwähnten Bereich umsetzbar ist und im Falle einer positiven Prüfung entsprechende Maßnahmen zur Umsetzung in die Wege zu leiten.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## 10.2 Fahrradparkplätze Innere Stadt (GR. Pogner, ÖVP)

Das Thema „Fahrrad“ beschäftigt Gewerbetreibende und Bewohner der Inneren Stadt gleichermaßen. Saisonbedingt kommt es in den Sommermonaten zu einer verstärkten Diskussion über Fahrrad-BenutzerInnen und Fahrrad-Parkplätze. So geht es einerseits um die Vielzahl der Fahrradfahrer und andererseits um die offensichtlich fehlende Abstellmöglichkeit für das jeweilige Fortbewegungsmittel. Dabei muss festgestellt werden, dass sich die Disziplin der FahrradfahrerInnen leider auch in Grenzen hält. Ob es das Tempo der Fortbewegung ist oder das „wilde“ Parken des Zweirades, beides lässt mitunter die Wogen hochgehen.

Sind es beim Tempo vor allem die Bewohner und Besucher, die von vorbeiflitzenden Radfahrern in Gefahr gebracht werden, so sind es die Gewerbetreibenden, die unter den Abstellplätzen vor ihren Geschäften leiden. Hier täte Abhilfe gut.

Der Bezirksrat des I. Bezirkes hat mit seinem Antrag vom 19. Juni 2018 auf diesen Umstand aufmerksam gemacht und Erfahrungen und Lösungsansätze aufgezeigt. In diesem Antrag wurde auch auf eine Anfrage der Kleinen Zeitung an Verkehrsstadträtin Kahr hingewiesen, in der sie lt. Medienbericht offensichtlich keine Konzepte zum Lösen dieses Problems vorlegen konnte. Weshalb der Bezirksrat der Verkehrsstadträtin unterstützend zur Seite steht und Lösungsmöglichkeiten für das Fahrradparkproblem gesucht und gefunden hat. Als ersten Schritt zur Entlastung wird das Aufstellen von Fahrradständer-Schnecken (im Antrag des Bezirkrates sind sämtliche Standortvorschläge ausgeführt) eingefordert, da diese keine großen baulichen Maßnahmen voraussetzen, keine enormen Kosten verursachen und bei Bedarf auch temporär schnell entfernbar sind.

Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher den

**Antrag,**

der Gemeinderat möge den Antrag des Bezirksrates des I. Bezirkes vom 19. Juni 2018 unterstützen und die zuständigen Stellen beauftragen, dass zur ehestmöglichen Entlastung der derzeitigen Fahrradparkplatzsituation und Erweiterung der ordnenden Infrastruktur an den im Bezirksratsantrag beschriebenen Standorten Fahrradständer-Schnecken (Spiralparker) zur Aufstellung gebracht werden.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **10.3 Bewohnerparkplätze Innere Stadt nach Wiener Modell (GR. Pogner, ÖVP)**

Seit der Abschaffung der Bewohner-Parkzonen im innerstädtischen Bereich, die auch von den Zulieferern genutzt werden konnten, wird es für die Innenstadtbewohner immer schwieriger, einen Parkplatz zu erhalten. Nicht zuletzt dadurch, dass es erfreulicherweise eine Zunahme der Besucher unserer schönen Stadt gibt, wird der Parkplatzdruck für die Bewohner immer stärker.

Wenn wir wollen, dass die Innenstadt auch weiterhin „lebt“, dann brauchen wir für unsere Bewohner unbedingt die Möglichkeit eines entsprechenden Parkplatzangebots.

Hier zeigt uns unsere Bundeshauptstadt, wie es geht. Wie Parkraum für Bewohner geschaffen wird.

Um Parkplätze im Bereich der Inneren Stadt für Bewohnerinnen und Bewohner freizuhalten und damit die Situation für in der Stadt lebende Menschen zu verbessern, werden Zonen durch Halte- und Parkverbotstafeln gekennzeichnet. Mit der Zusatztafel „ausgenommen Fahrzeuge mit Parkberechtigung sowie Behinderte“ wird der Bereich klar für diese Personen definiert.

Dadurch ist das Abstellen von Fahrzeugen auf Bewohnerparkplätzen nur mit einer gültigen Parkzonenberechtigung möglich und es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**Antrag,**

der Gemeinderat möge beschließen, die zuständigen Stellen zu beauftragen, dass im innerstädtischen Bereich für Bewohnerinnen und Bewohner Bewohnerparkplätze nach dem „Wiener Modell“ eingerichtet werden.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **10.4 Hundewiese im Josef-Huber-Park (GR<sup>in</sup> Zitek, KPÖ)**

Die Flächen, auf der HundebesitzerInnen ihre Vierbeiner frei – also ohne Leine – laufen lassen können, sind in Graz rar. Nicht zuletzt deshalb kommt es oft zur Missachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Leinenpflicht. Das wiederum führt immer wieder zu Konflikten zwischen HundehalterInnen und besorgten Eltern mit ihren Kindern, RadfahrerInnen und anderen.

Im Josef-Huber-Park gibt es eine ausgewiesene Hundezone. Grundsätzlich gilt für nicht eingezäunte Hundezonen die Leinenpflicht. Trotzdem laufen viele Hunde immer wieder ohne Leine auf dem Spielplatz herum. Daher wäre eine Einzäunung der Hundewiese im Sinne aller Beteiligten (Eltern, Kinder, Hundebesitzer und Hunde) an diesem Standort sinnvoll.

Ich stelle deshalb folgenden

**Antrag:**

Die zuständige Abteilung der Stadt Graz wird gebeten, im Josef-Huber-Park die „Hundezone“ in eine „eingezäunte Hundewiese“ umzuwandeln.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.5 Jugendzentrum Gries (GR. Sikora, KPÖ)**

Die Jugendarbeit in der Stadt Graz ist eine gute und wichtige Sache. Die MitarbeiterInnen von Jugendzentren agieren oft als wichtige oder einzige Ansprechpersonen rund um die Themen Schule, Familie, Lehre, Freundschaften, Sexualität und vieles mehr. Außerdem werden die Zentren beispielsweise genutzt, um Freundschaften zu schließen, um „unter sich“ zu sein oder einfach nur, um Musik zu hören.

Heuer wurden schon drei Jugendzentren in Graz neu errichtet bzw. saniert. Im Bezirk Gries gibt es allerdings kaum Möglichkeiten für Jugendliche, sich in einem geschützten Rahmen zu treffen. Das Jugendzentrum Don Bosco ist für viele zu weit entfernt, um es zu einer ständigen Anlaufstelle zu machen.

Auf dem Gelände der ehemaligen Taggerwerke stehen noch Flächen frei. Da auf und um dieses Gelände sehr viele Initiativen, die das Grätzl beleben, schon vorhanden sind, würde sich der Standort sehr gut für ein Jugendzentrum eignen. Der Umstand würde auch die Suche nach einem Träger erleichtern würde. Alternativ würde sich im Bereich der Karlauer Straße das leerstehende Gebäude am Areal des ehemaligen Billa anbieten. Die Fläche ist für die Aktivitäten eines Jugendzentrums ausreichend, hinter dem Gebäude besteht die Möglichkeit, auf dem Asphaltplatz Fußball zu spielen oder auch einfach nur im Schatten auf den Bankerl zusammensitzen.

Deshalb stelle ich folgenden

**Antrag:**

Der zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner und das Amt für Jugend und Familie werden ersucht, sich dafür einzusetzen, dass sehr bald ein Jugendzentrum im Bezirk Gries – beispielsweise an einer der oben genannten Örtlichkeiten – errichtet wird.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.6 Generationenspielplätze (GR. Sikora, KPÖ)**

Vor allem in den Städten sind Konflikte zwischen Jung und Alt vorprogrammiert. Bewegungsdrang und Lärm sind dabei zwei ständig wiederkehrende Themen, die im öffentlichen Raum, aber auch im Wohnumfeld oft die Generationenkonflikte heraufbeschwören. Dabei ist vor allem die Bewegung an der frischen Luft nicht nur wichtig für die Entwicklung junger Menschen, sondern für das körperliche Wohlbefinden aller. Interessant ist da die Idee der Generationenspielplätze, wo ältere Menschen, die Bewegung suchen, aber auch Kinder dank interessanter Spielgeräte ihrem Drang freien Lauf lassen können.

Wenn Kinder und Jugendliche auf Bezirkssportplätzen ihren Bedürfnissen nach Spiel und Sport nachkommen, sind Erwachsene und ältere Menschen, aber auch Gehbeeinträchtigte meist nur Zuseher. Ein ausgeklügeltes Konzept des Miteinanderspiels zeigt jedoch besonders Holland vor. Dort gilt es als selbstverständlich, dass Spielplätze, generationenübergreifend konzipiert und gestaltet werden. Ein Vorteil ist, dass jüngere Kinder während des Spielens von ihren ebenfalls spielenden erwachsenen Begleitern zugleich beaufsichtigt werden können bzw. Letztere sich in unmittelbarer Nähe aufhalten, um bei Problemen sofort da zu sein.

Die Realisierung dieser Generationenspielplätze kann auf den Flächen der bereits vorhandenen Bezirkssportplätze – verteilt auf alle Grazer Stadtbezirke – passieren. Mitfinanziert könnten die Spielstätten auch über Fördermittel des Projekts „Audit familienfreundliche Gemeinde“ werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Der zuständigen Stadtrat Kurt Hohensinner und das Sportamt werden ersucht, die Installierung solcher Generationenspielplätze auf den vorhandenen Bezirkssportplätzen zu prüfen und ehestmöglich umzusetzen.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.7 Raschere Auszahlung des Wochengeldes ermöglichen (GR. Luttenberger, KPÖ)**

Das Wochengeld ist eine gewichtige soziale Errungenschaft, um Frauen nach Geburt eines Kindes für acht Wochen (Lohn/Gehaltersatz) materiell einigermaßen abzusichern. Nach Eintrag ins Geburtenregister/Geburtenverzeichnis, konkret beim Standesamt Graz, wird die Geburtsurkunde bei der jeweiligen Krankengasse/GKK eingereicht, die auszuzahlende/anzuweisende Instanz ist. Leider ist es in Graz aufgrund der zahlreichen Geburten in letzter Zeit immer wieder zu Engpässen gekommen. So beträgt die aktuelle Wartezeit auf die Geburtsurkunde laut Auskunft des Standesamtes etwa vier Wochen. Dies führt zu Auszahlungsverzögerungen beim Wochengeld, welche leider immer wieder Familien bzw. alleinerziehende Frauen in unangenehme und unverschuldete Notsituationen bringen.

Daher sollte eine bessere Personalausstattung beim Grazer BürgerInnenamt angestrebt werden. Ziel sollte es auf jeden Fall sein, eine raschere Auszahlung des Wochengeldes für die betroffenen Mütter zu gewährleisten.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die Stadt Graz soll sich für das Anliegen der Mütter einsetzen und eine raschere Ausstellung der Geburtsurkunden ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, ohne die Arbeitsbedingungen der derzeit zuständigen MitarbeiterInnen zu verschlechtern, soll es eine Personalaufstockung des BürgerInnenamtes geben.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.8 Maßnahmenplan Wiederherstellung Stadtpark (GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Braunersreuther, KPÖ)**

Durch den starken Sturm sind im Stadtpark und am Schloßberg viele teils unwiederbringliche Schäden entstanden. In der Eile und Dringlichkeit der Aufräumarbeiten ist dabei zum Teil nicht ganz so sensibel vorgegangen worden, wie das in einem Landschaftsschutzgebiet geboten wäre. Dadurch entstandene Schäden sind jetzt jedoch nicht mehr ungeschehen zu machen. Wichtiger ist es, in die Zukunft zu schauen und hier qualitativ zu arbeiten.

Stadtpark und Schloßberg sind nämlich nicht nur grüne Lunge von Graz, sondern kulturhistorische (Garten-)Denkmäler. Baudenkmäler finden sich hier in durchdachter und historisch einzigartiger bepflanzter Umgebung. Dieses Zusammenspiel ist historisch ebenso bedeutend wie touristisch. Ein solches Ensemble darf daher nicht durch schnelle, unbedachte Nachpflanzungen zerstört werden.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Ein Fachgremium, zusammengesetzt aus VertreterInnen der Abteilung für Grünraum und Gewässer, dem Naturschutzbeauftragten und externen ExpertInnen, beispielsweise VertreterInnen des Bundesdenkmalamtes, soll einen Maßnahmenplan zur Wiederherstellung von Schloßberg und Stadtpark erstellen, der als Grundlage für die mit der Bepflanzung beauftragten Stellen gilt.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.9 Gedenktafel mit Würdigung von Maria Cäsar (GR<sup>in</sup> DI<sup>in</sup> Braunersreuther, KPÖ)**

Die 1920 im slowenischen Prevalje geborene Maria Cäsar wurde für ihre Leistungen im Kampf um ein demokratisches Österreich mehrfach ausgezeichnet. Die Bürgerin der Stadt Graz erhielt unter anderem den Menschenrechtspreis sowie das Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark. Außerdem erhielt sie das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Nach dem Krieg war sie langjährige Aktivistin im Bund demokratischer Frauen und in der KPÖ. Cäsar wurde von öffentlichen Stellen mehrfach geehrt. Sie war viele Jahre lang steirische Landesvorsitzende des KZ-Verbandes und hielt 2008 eine viel beachtete Rede in der konstituierenden Sitzung des Grazer Gemeinderates:

„Wir erinnern uns auch daran, dass Österreich ausgelöscht worden ist, Österreich wurde nicht mehr als Österreich anerkannt, sondern Österreich wurde zur Ostmark erklärt, ein Teil Deutschlands. [...] Ich erinnere aber auch daran, dass es ein anderes

Österreich gegeben hat, ein anderes Österreich, das nein dazu gesagt hat, nein zum Nationalsozialismus, ein anderes Österreich, das die Menschen aufgemuntert hat, auch Widerstand zu leisten.“

– Maria Cäsar: Rede vor dem Grazer Gemeinderat, 13. März 2008

Kurz vor ihrem 97. Geburtstag verstarb Maria Cäsar im September 2017. In der Gemeinderatssitzung vom 16. 11. 2017 wurde der Park am „Grünanger“ in „Maria-Cäsar-Park“ umbenannt.

Es ist aber notwendig und wünschenswert, dass möglichst viele NutzerInnen des Maria-Cäsar-Parks diesen Umstand erfahren.

Daher stelle ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen werden ersucht, an einer gut sichtbaren Stelle im Maria-Cäsar-Park eine Gedenktafel/Stele o. ä. mit einer Würdigung der Namensgeberin aufzustellen.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.10 Unterstützung von Eltern bei der Meningokokken-Impfung B und C im Kleinkindalter (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schleicher, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Unbestritten ist, dass der österreichische Impfplan Bundesangelegenheit ist. Ebenso unbestritten ist, dass es in Österreich ein kostenfreies Impfprogramm gibt, welches

äußerst wichtige Impfungen enthält. Die Impfung mit einem tetravalenten, konjugierten Meningokokkenimpfstoff ist für Schulkinder vom vollendeten 10. Lebensjahr bis zum vollendeten 13. Lebensjahr im kostenfreien Impfprogramm enthalten.

Jedoch werden in Österreich jährlich etwa 27 bis 100 Erkrankungsfälle (ca. 50 - 74 % durch Meningokokken der Gruppe B und 10 - 30 % durch Meningokokken der Gruppe C) registriert. Diese beiden Impfungen sind nicht im kostenfreien Impfprogramm enthalten. Sie sind auch sehr teuer. Die einmalige Impfung gegen Meningokokken C kostet zwischen 70 und 90 €. Die Meningokokken-Impfung B kostet etwa 100 bis 120 €, ist aber zweiteilig – kostet also insgesamt etwa 240 €.

Die Erkrankung tritt am häufigsten im ersten Lebensjahr und bei Jugendlichen auf. Die Inkubationszeit einer invasiven Meningokokkenerkrankung beträgt 1 bis 10 Tage, meist aber weniger als vier Tage. Die Erkrankung kann innerhalb weniger Stunden bei voller Gesundheit zum Tod führen. Invasive Meningokokkeninfektionen können als Sepsis mit einer 30-%-igen Letalität als Meningitis oder als Kombination von beidem auftreten. Die Letalität von Meningokokkenerkrankungen lag in Österreich in den Jahren 2003 bis 2016 insgesamt zwischen 5 und 15 %. In diesem Zeitraum sind 90 Personen (überwiegend Kinder und Jugendliche) an dieser Erkrankung verstorben. In vielen Fällen bleiben neurologische Störungen bzw. Entwicklungsstörungen. Drei Prozent der überlebenden Patienten mit Sepsis entwickeln Autoamputationen, 13 % zeigen großflächige Narbenbildungen und über 20 % haben chronische Schmerzen.

Erste epidemiologische Daten aus England weisen auf eine hohe Wirksamkeit (mehr als 80 %) dieser Impfung bei Kindern im ersten Lebensjahr hin. Für Kleinkinder und Kinder wird ab dem vollendeten 1. Lebensjahr bis zum vollendeten 10. Lebensjahr aufgrund der epidemiologischen Situation eine einmalige Applikation eines konjugierten Impfstoffes gegen Meningokokken der Gruppe C (MEC-C), aber auch Meningokokken B empfohlen.

Daher ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

**Antrag**

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat  
der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Gesundheitsamt möge prüfen, ob das kostenfreie Impfprogramm des Impfplanes Österreich innerhalb der Stadt Graz um diese empfohlenen Impfungen – Meningokokken B und C im Kleinkindalter – als freiwillige Leistung der Stadt Graz ergänzt werden kann.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.11 Verkehrsberuhigung Neufeldweg (GR<sup>in</sup> Ussner, Grüne)**

Immer mehr BürgerInnen beschweren sich über die immer stärker werdende Verkehrsbelastung am Neufeldweg. Wenn Fußballspiele stattfinden, ist die Wohnstraße komplett zugeparkt und die Lärmbelastung steigt dadurch. Zusätzlich parken immer mehr PendlerInnen den Neufeldweg zu und nur wenige halten sich an die Geschwindigkeitsbegrenzungen. Dies stellt eine große Belastung für die Menschen dar, die eigentlich in diese Gegend gezogen sind, um in einem ruhigen Wohnviertel zu leben.

Deshalb stelle ich im Namen der Grünen - ALG folgenden

**Antrag:**

1. Die zuständige Stadträtin Elke Kahr wird ersucht, verkehrsberuhigende Maßnahmen und Geschwindigkeitskontrollen im Bereich Neufeldweg zu veranlassen.
2. In einem zweiten Schritt sollen Maßnahmen erarbeitet werden, die verhindern, dass bei Fußballspielen die Wohnstraße zusätzlich belastet wird.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.12. Prüfung der Schaffung eines touristisch und kulturell verwertbaren Ortes zur Erinnerung und Ausstellung der Lebensgeschichten bedeutender historischer Persönlichkeiten mit Graz-Bezug (GR. Dreisiebner, Grüne)**

Graz hat in seiner weiter zurückliegenden, aber auch jüngeren Vergangenheit viele Persönlichkeiten hervorgebracht, die uns ein bedeutendes kulturelles, künstlerisches und wissenschaftliches Werk hinterlassen haben. Einige von ihnen sind nach Graz zugewandert und haben hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden, andere wurden von Graz aus international tätig.

Beispielhaft seien hier Johann N. Nestroy, Alexander Girardi, Robert Stolz, Johann Puch oder Josef Körösi aus der älteren Geschichte genannt. Dazu kommen natürlich auch Persönlichkeiten der jüngeren Grazer Zeit, wie die Literaten Wolfgang Bauer und Werner Schwab, die Fotografin Inge Morath oder die Architektinnen Margarete Schütte-Lihotzky und Karla Kowalski. Diese Aufzählung ist selbstverständlich keine vollständige, d.h. sie kann und soll ergänzt werden.

Für diese Persönlichkeiten gibt es kaum auffällige und touristisch relevante Museen, Gebäude oder Einrichtungen, die bewusst i.S. der Platzierung der Stadt Graz als Kunst-, Kultur- und Innovationsstadt genutzt werden könnten. Ganz im Gegenteil, entweder

weit außerhalb der Stadtmitte positioniert, oder dem Verfall preisgegebene Gebäude, wie das Girardihaus. Gerade ein solches Gebäude und entsprechend wahrnehmbare museale Einrichtungen sollten für uns einen hohen Stellenwert haben und sie könnten und sollten dann nicht nur kulturtouristisch genutzt werden, sondern sie sollten auch der Grazer Bevölkerung und insbesondere den Grazer Pflichtschulen und Schulkindern zur Verfügung gestellt werden.

Gerade in einer innovativen und zukunftsorientierten Stadt, wie Graz es sein will und ist, sind neben herzeigbaren neuen und zeitgenössischen Leistungen auch die historischen Leistungen und die damit verbundenen Persönlichkeiten noch besser darzustellen.

In diesem Sinne stelle ich folgenden

**Antrag:**

1. Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Kultur- und Wissenschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler werden ersucht, eine Konzeption für ein "Haus bedeutender Grazerinnen und Grazer" zu erarbeiten und dem Kulturausschuss bis zur Sitzung im Oktober 2018 als schriftlichen Informationsbericht vorzulegen
2. Weiters ergeht das Ersuchen an oben genannte Mitglieder der Stadtregerung zu prüfen, ob dieses Haus bedeutender Grazerinnen und Grazer" nicht idealerweise im sogenannten Girardi-Haus, Leonhardstraße 28, untergebracht werden kann. Auch darüber ist im Oktober ein Bericht vorzulegen

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **10.13 Radverkehr in der Neutorgasse (GR<sup>in</sup> Ussner, Grüne)**

Die geplante neue Führung der Straßenbahn über die Neutorgasse (Innenstadtentflechtung) wirft einige neue Fragen auf, auch hinsichtlich des Radverkehrs.

Bei einer Umgestaltung der gesamten Straße darf der Radverkehr nicht unberücksichtigt bleiben. Vielmehr könnte die neue Planung auch dazu genutzt werden, die Neutorgasse wieder attraktiver für Radfahrende zu gestalten.

Deshalb stelle ich im Namen der ALG folgenden

#### **Antrag:**

Die zuständige Verkehrsstadträtin Elke Kahr wird ersucht, Maßnahmen zur Attraktivierung des Radverkehrs in der Neutorgasse in die Straßenbahnplanungen Innenstadtentflechtung einzubringen.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **10.14 Schutz der Grazer Gründerzeitvorgärten (GR<sup>in</sup> Ussner, Grüne)**

In der Gemeinderatssitzung vom 14. Juni 2018 richtete ich an Bürgermeister Nagl in seiner Funktion als Stadtsenatsreferent für Grünraum die Frage, was er gedenkt, zum Schutz der Vorgärten zu unternehmen.

In der schriftlichen Anfragebeantwortung wird unter anderem ausgeführt, welche Bestimmungen das Grazer Altstadterhaltungsgesetz zum Schutz der Vorgärten vorsieht. Bezug genommen wird hier insbesondere auf § 7 GAEG: „Schon das bloße Abstellen eines KFZ also bedarf aufgrund dieser Regelung einer Bewilligung nach dem

GAEG – im Magistrat Graz ist die Bau- und Anlagenbehörde die für die Vollziehung des GAEG zuständige Abteilung.“

Weiters wird in der Fragebeantwortung des Bürgermeisters ausgeführt, dass kein ausdrückliches Versiegelungsverbot normiert ist, jedoch zu prüfen wäre, ob aufgrund der Bestimmungen des GAEG in Verbindung mit dem Steiermärkischen Baugesetz die Vornahme einer Versiegelung eines Vorgartens unzulässig ist bzw. zumindest einer Bewilligungspflicht unterliegt.

Wir wissen, dass es immer wieder zur Versiegelung von Vorgärten kommt bzw. dass diese zu einem nicht unerheblichen Teil entgegen der Bestimmungen des GAEG als Parkplätze verwendet werden. Es braucht ein energisches Vorgehen, damit dieses kulturelle und ökologisch wertvolle Gut, welches wir mit den gründerzeitlichen Vorgärten haben, geschützt und erhalten bleibt.

Deshalb stelle ich im Namen der ALG folgenden

**Antrag:**

1. Der zuständige Stadtrat Mario Eustacchio wird ersucht, die Bau- und Anlagenbehörde mit der rechtlichen Prüfung zu beauftragen, inwieweit die Versiegelung eines Vorgartens den Bestimmungen des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes in Verbindung mit dem Steiermärkischen Baugesetz widerspricht.
2. Stadtrat Eustacchio wird weiters ersucht, dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung einen Bericht über diese rechtliche Prüfung sowie über die Kontrolltätigkeiten der Bau- und Anlagenbehörde auf Grundlage des GAEG bezüglich widerrechtlichen Umgangs und Nutzung von Vorgärten vorzulegen.
3. Weiters wird Stadtrat Eustacchio ersucht, die Grazer Bevölkerung und hier insbesondere jene in den sogenannten Gründerzeitvierteln, umfassend über die rechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Grazer Vorgärten zu informieren.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.15 Kürzungen bei Ausbau der Kinderbetreuung (GR<sup>in</sup> Ribo, Grüne)**

ÖVP-Familienministerin Bogner-Strauß ließ gestern verlautbaren, dass kein weiterer Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen für 3- bis 6-jährige notwendig sei. Der Budgetvoranschlag des Bundes für 2019 lässt vermuten, dass tatsächlich mit einer Kürzung bei den Ko-Finanzierungsmitteln zum Ausbau der Kinderbetreuung zu rechnen ist.

Die Begründung der Familienministerin für diese Pläne geht tatsächlich an der Realität vorbei. Gerade in den städtischen Ballungsräumen wächst die Bevölkerung und jedes Jahr müssen zusätzlich Kinder mit Plätzen versorgt werden. Auf Grundlage einer Bestandsaufnahme der Betreuungsquote der 3- bis 6-jährigen kann also keinesfalls darauf geschlossen werden, dass ein weiterer Ausbau nicht notwendig sei.

**Antrag:**

Stadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht zu prüfen, welche Auswirkungen durch die geplanten Kürzungen der Bundesregierung im Bereich des Ausbaus der Kinderbetreuungseinrichtungen auf Graz zu erwarten sind. Über die Ergebnisse der Prüfung sollen die Ausschüsse für Bildung sowie Familie informiert werden.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.16 Geschwindigkeitsmessung Schererstraße/Steinäckerstraße  
(GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Marak-Fischer, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Bereich Steinäckerstraße/Schererstraße in Wetzelsdorf ist ein dicht besiedeltes Gebiet, das gerade in den letzten 15 Jahren stark bebaut wurde. Wohl zu Recht wurde daher bereits vor vielen Jahren die Steinäckerstraße zu einer Wohnstraße gemacht,

damit die dort wohnhaften Kinder einen verkehrsberuhigten und sicheren Wohnort haben. Für die Schererstraße gilt hingegen eine 30-er-Geschwindigkeitsbeschränkung.

Leider wird von Anrainern sehr über zunehmenden Verkehr und dabei auch viel zu hoher Geschwindigkeit gerade in der Schererstraße berichtet, wo AutofahrerInnen offenbar nach der Wohnstraße besonders stark beschleunigen. Bis vor wenigen Monaten war in diesem Bereich auch ein Messgerät, das die Geschwindigkeit den AutofahrerInnen anzeigt, angebracht, das vor allem der Bewusstseinsbildung dient, aber keine Strafen bei Übertretungen zur Folge hat.

Da dieses Gerät nun nicht mehr aufgestellt ist, die Situation sich aber nicht entschärft hat, wäre für die Schererstraße die Anbringung eines der vom Verkehrsressort neu erworbenen Radargeräte wünschenswert.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**Antrag:**

Stadträtin Elke Kahr möge überprüfen lassen, inwiefern für die Schererstraße ein mobiles Radargerät aufgestellt werden könnte.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.17 Haltezone vor dem Objekt Kärntner Straße 417 (GR. Mag. Haßler, SPÖ)**

An der Ostseite der Kärntner Straße, im Bereich des Hauses Kärntner Straße 417, befinden sich die Betriebsstandorte der Firma Optica und der Bäckerei Bernhard. Vor

dem Gebäude sind entlang der Kärntner Straße sechs Parkplätze situiert, die als Parkmöglichkeiten für Kunden dienen sollen. Leider sind diese Parkplätze sehr oft durch Dauerparker blockiert.

Die dort ansässigen Unternehmer haben daher den Wunsch geäußert, während der Geschäftszeiten die Parkzone in eine Haltezone umzuwandeln, um Dauerparken in Zukunft zu verhindern.

Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Parkzone vor dem Haus Kärntner Straße 417 während der Geschäftsöffnungszeiten in eine Haltezone umzuwandeln, um die Erreichbarkeit der dort ansässigen Unternehmen zu verbessern, analog der Lösung, die seit Jahren vor der Apotheke Straßgang, im Bereich Kärntner Straße 410 bis 412, besteht.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.18 Öffentlicher Trinkbrunnen vor dem Bad Straßgang (GR. Mag. Haßler, SPÖ)**

Die Zunahme der sportlichen Aktivitäten und das gesteigerte Gesundheitsbewusstsein haben dazu geführt, dass über 100 Trinkbrunnen auf Kinderspiel- und Sportplätzen, in Schulhöfen und auf anderen öffentlichen Plätzen als kostenlose Durstlöcher für die Grazerinnen und Grazer zur Verfügung stehen. Leider gibt es im Bezirk Straßgang erst einen öffentlich zugänglichen Trinkbrunnen beim Bezirkssportplatz in der Salfeldstraße. Als weiterer Standort bietet sich die Martinhofstraße im Bereich des

Straßganger Bades an. Der Bereich wird stark frequentiert und unter anderem führt auch die Grazer Bäderlaufstrecke dort vorbei.

Ich stelle daher namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs den

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sowie der Holding Graz sollen prüfen, ob die Installation eines öffentlichen Trinkwasserbrunnens im Bereich des Straßganger Bades möglich ist und diesen bei positiver Prüfung so rasch als möglich zu installieren.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.19 Auslastung Buslinie 34 (GR. Mag. Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Buslinie 34 wird vor allem in den sog. „Stoßzeiten“ intensiv von den Grazerinnen und Grazern genutzt. Vor allem im Morgenverkehr sind die Busse dieser Linie derart überfüllt, dass an Haltestellen niemand mehr zusteigen kann. Dies führt zu Verärgerung der zahlenden Fahrgäste bzw. Besitzer von Jahreskarten, senkt natürlich die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel und verschiebt somit auch den Modalsplit in eine ungewünschte Richtung.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

**Antrag:**

Die Verkehrsplanung wird ersucht, die Auslastung der Buslinie 34 vor allem in den „Stoßzeiten“ zu überprüfen und ggf. gemeinsam mit der Holding Graz entsprechende Maßnahmen, wie z.B. verkürzte Taktfrequenzen, zu ergreifen, um das Problem der extremen Auslastung und ihre Folgen zu beheben.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.20 Gefahrenstelle Fußgänger-, und Radunterführung Augartenbrücke  
(GR. Mag. Muhr, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Unterführung der Grazbachgasse auf der Höhe der Augartenbrücke stellte in der Vergangenheit des Öfteren eine Gefahrenquelle für Fußgänger und Radfahrer dar. Immer wieder gab es aufgrund der schlechten Lichtverhältnisse in dieser Unterführung gefährliche Situationen zwischen Radfahrern und Fußgängern. Erst vor kurzem ereignete sich an dieser Stelle ein Unfall mit Personenschaden, sodass hier anscheinend dringender Handlungsbedarf besteht.

In diesem Sinne stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

**Antrag:**

Das Straßenamt wird ersucht, die Unterführung der Grazbachgasse auf der Höhe der Augartenbrücke hinsichtlich der oben beschriebenen Gefahrensituation zu überprüfen und die Gefahrenstelle durch geeignete Maßnahmen umgehend zu entschärfen.

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**10.21 Sichtbarkeit der Verkehrssicherheit-Warnschilder in den Bezirken  
(GR. Swatek, Neos)**

Neben den vielen Verkehrsschildern in unserer Stadt findet man auch Hinweistafeln, die zur Erhöhung der Verkehrssicherheit beitragen sollen. Diese meist von den Bezirksräten initiierten Warnschilder weisen dabei zum Beispiel auf spielende Kinder oder das Einhalten des Tempolimits von 30 km/h hin. Einige dieser Schilder haben bereits einige Jahre lang ihren Dienst erwiesen und leiden aufgrund von Umwelteinflüssen bereits an fehlender Auffälligkeit. Andere Schilder werden in Graz von wachsenden Pflanzen in den Hintergrund gedrängt und sind somit für Verkehrsteilnehmer kaum noch sichtbar. Allesamt wurden sie an den jeweiligen Orten mit einem Hintergedanken und unter Verwendung von Steuergeld aufgestellt. Viele dieser betroffenen Warnschilder könnten mit ein wenig Pflege wieder ihren Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit leisten.

Gemäß der Geschäftsordnung des Gemeinderates stelle ich den

**Antrag,**

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden zu evaluieren, wie viele der im Motivtext erwähnten Warnschilder pflegebedürftig sind und gegebenenfalls die nötigen Schritte zu setzen, diese wieder für Verkehrsteilnehmer sichtbar zu machen, damit sie wieder ihren Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit leisten können.

Anhang:



*Versteckte Warnschilder des Bezirksrats Liebenau in der Hortgasse*

***Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2018

Damit ist die ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bürgermeister-Stellvertreter Mag. (FH) Mario Eustacchio schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.45 Uhr.

**Die Vorsitzenden:**

-----  
Bürgermeister:

Mag. Siegfried Nagl

-----  
Bürgermeisterstellvertreter:

Mag. (FH) Mario Eustacchio

-----  
Stadtrat:

Dr. Günter Riegler

**Schriftführer und Schriftprüfer:**

-----  
Der Schriftführer:

Wolfgang Polz

-----  
Der Schriftprüfer:

GR. Mag. Andreas Fabisch

Wörtliches Protokoll erstellt von Christiane Plank und Carina Reiter.